

Rede des grünen Fraktionssprechers

Frank Knoche



Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Senioren und Beschäftigung

Dienstag, den 2. November 2021

TOP Armutskonferenz

Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, BFS/ABI und DIE LINKE/Die PARTEI

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Heute ist ein guter Tag für unsere Stadt – zumindest sozialpolitisch gesehen.

Fast alle Fraktionen stellen gemeinsam den Antrag auf Einrichtung einer Armutskonferenz, welche die Armut- und Wohlstands-Berichterstattung kritisch aktualisiert, ergänzt und weiterentwickelt, damit Armutsbekämpfung zu einem Hauptziel unserer Kommunalpolitik wird.

Daraus soll eine Arbeitsstruktur entstehen, die die grundsätzliche Arbeitsfähigkeit, die Kontinuität der Arbeit und die öffentliche Erreichbarkeit zwischen den jährlichen Konferenzen sichert. Maßnahmen und Ziele sowie Dokumentation sollen dabei regelmäßig evaluiert werden.

Die Geschichte der Armutserichterstattung in Solingen war bislang wirklich kein Ruhmesblatt.

Seit dem 1. Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2001 brauchte Solingen noch 7 Jahre, um zwei Teilberichte vorzulegen: einen zum Thema Kinderarmut, den zweiten zur Altersarmut in unserer Stadt.

Zwar gab es bis zum Jahre 2004 im Haushalt noch eine rot/grün geschaffene sogenannte Merkposition „Armut- und Reichtumsbericht“, die symbolisch mit 10 Euro etatisiert war. Bei der Haushaltsberatung im Sozialausschuss am 11.03.2004 wurden aber selbst diese, bei nur drei Ja-Stimmen für die Beibehaltung dieser Position, von CDU, SPD und FDP gestrichen, obwohl ich damals diese 10 Euro im Ausschuss auf den Tisch gelegt hatte.

Im September 2005 wurde dann auf Antrag der Grünen erneut über einen Armuts- und Reichtumsbericht im Sozialausschuss diskutiert. Weil eine Mehrheit keinen Reichtumsbericht wollte, stellte Heinz Bender dankenswerter Weise den Antrag für einen Armutsbericht ohne Reichtumsbericht, welcher dann eine Mehrheit fand.

Am 20.04.2010 verkündete die Verwaltung jedoch recht schnell wieder, mit einem Zwischenbericht über die Armutsberichtserstattung, dass „Armutsbekämpfung inzwischen zum Tagesgeschäft der Verwaltung geworden“ sei und es „in der Verwaltung keinerlei Kapazitäten gäbe, Seiten füllende Berichten zu erstellen“. Zu hören war sogar, dass es in Solingen keine Armut gäbe, die solche Berichte erforderlich machen würde. Dies war das vorläufige Ende der Armutsberichterstattung.

Danach haben wir Grüne es zumindest noch geschafft, einen „Erfahrungsaustausch Armut“ zu organisieren, der aber nicht unbedingt das Lieblingskind der Sozialverwaltung war.

Von unserer Seite aus war immer klar, dass eine Armutsberichterstattung ohne eine begleitende Armutskonferenz allenfalls nur kurzfristige Aufmerksamkeit bei seiner öffentlichen Vorstellung erhält. Eine Verstetigung der konkreten Armutsbekämpfung würde daraus nicht entstehen. Allein an eine Mehrheit für eine solche institutionelle Verankerung des Themas Armut war aber lange nicht zu denken.

Gerade wir Grüne sind es gewohnt, über lange Zeit dicke Bretter zu bohren, bis aus Minderheitspositionen Mehrheiten werden. Dies war bei der Einrichtung eines kommunalen Jobcenters der Fall, beim Paradigmenwechsel in Sachen Kosten der Unterkunft, und es zeichnet sich jetzt auch bzgl. einer Verstetigung von Armutsberichten mit einer Armutskonferenz ab.

Auch deshalb ist heute, nach fast 20 Jahren, ein guter Tag für Solingen, weil wir hier endlich Nägel mit Köppen machen.

Auch wenn wir leider nicht in der von Bund, Land und den meisten Kommunen vertretenen Systematik der Verknüpfung von Armuts- mit Reichtumsberichten bleiben, sondern einen Armuts- und Wohlstandsbericht fordern, ist das zum jetzigen Zeitpunkt immer noch ein vertretbarer Kompromiss.

Hauptsache ist, wir kommen mit breiten politischen Mehrheiten in der Armutsbekämpfung endlich vorwärts.

In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung für diesen von SPD, Grünen, den Linken/Die Partei, FDP und BfS/Abi gestellten Antrag.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Nachtrag: Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses natürlich beschlossen